aus Prestigegründen — als Einzelfall deklarieren.

Überdies steht zu befürchten, daß Pankows Dokumenten-Quelle nach Ablauf der Pensionierungsfrist munter weitersprudeln wird. Orakelte SPD-Jahn, einer der Fränkel-Inquisitoren: „Wer weiß, was da noch kommt."

INDUSTRIE

SALZGITTER

Gesang der Erzengel

Der imposante Plan einer kleineuropäischen Erz-Autarkie wurde dieser Tage still zu den Akten gelegt. In Krupps Hotel „Essener Hof" in der Ruhr-Metropole kamen die sieben größten Eisenhütten* des Reviers überein, von Beginn des Jahres 1963 an kein Erz mehr aus Salzgitter zu beziehen und nur noch Auslandserze zu verhütten. Die Ruhr ahmte das Beispiel ihrer westlichen Montan-Partner nach, die neuerdings ebenfalls die Salzgitter-Erze verschmähen.

Damit hat für den Salzgitter-Konzern die schwerste Stunde seit seiner Gründung durch den Erz-Autarkisten Hermann Göring im Jahre 1937 geschlagen. In einer Entschließung stellten die sieben Hüttenwerke, die seit Jahrzehnten Salzgitter-Erz verarbeiten, übereinstimmend fest, daß die „wirtschaftlichen Voraussetzungen" für die Verhüttung „nicht mehr gegeben sind". Die berühmte Schmelzanlage in Salzgitter-Watenstedt, die schon 1937 in einem Spezialverfahren Niedersachsen-Erz für die Ruhr aufbereitete, soll im kommenden Jahr stillgelegt werden.

Den Beschluß der Ruhrhütten begründete der Hoesch-Generaldirektor Dr. Willy Ochel: „Der deutsche Erzbergbau wird nie mehr als zehn Prozent des Erzbedarfs der deutschen Hüttenwerke decken können... Er kann auch in Notzeiten nicht annähernd unsere Erzversorgung sicherstellen."

Um das Nazi-Reich für den großen Amok zu rüsten, hatte Göring als Chef der Vierjahresplan-Behörde 1937 die seit langem bekannten Erzlagerstätten im Raum Salzgitter aufschließen lassen. Sodann gründete er die Reichswerke Hermann Göring, heute Salzgitter AG, und befahl der Ruhr, zusätzlich zum Auslandserz (mit einem Eisengehalt von 60 Prozent) das Salzgitter-Erz zu verwenden, das nur 30 bis 35 Eisen-Prozente enthält.

Die in Salzgitter-Watenstedt errichtete sogenannte Rennanlage diente dazu, das ärmere Niedersachsen-Erz für die Schmelzöfen der Ruhr aufzubereiten. Im Rennverfahren muß das Roherz ungefähr 110 Meter lange Röhrenöfen durchlaufen. Während der Schmelzdauer von zwölf Stunden verwandelt sich das eisenarme Roherz in sogenannte Luppen, das sind erbsengroße Kugeln, die einen Eisengehalt von über 90 Prozent aufweisen und als Rohstoff für die Stahlgewinnung geeignet sind. Nach Kriegsende wurde das Nazi-Kombinat in Salzgitter demontiert.

Erst als der Konjunktur-Boom die westdeutsche Stahlerzeugung hochpeitschte und das Ausland nicht genügend Erz liefern konnte, entsann sich die Ruhr wieder des Rennverfahrens. Mit einem Kostenaufwand von mehr als 33 Millionen Mark bauten die sieben Ruhr-Unternehmen im Jahre 1957 eine neue Rennanlage. Seither konnte der Salzgitter-Konzern jährlich 620 000 Tonnen Erz-Luppen an die Ruhr liefern.

Salzgitter-Chef Ende
Die Ruhr verzichtet ...

Überdies stellte Salzgitter, das nach dem Kriege in Bundeseigentum übergegangen war, in einem eigenen Hüttenwerk jährlich 1,7 Millionen Tonnen Stahl her und wurde damit das neuntgrößte Stahlunternehmen der Bundesrepublik.

Angesichts des weltweiten Erz-Engpasses im Jahre 1957 richteten auch Westdeutschlands Montanpartner ihr Augenmerk auf die Eisenkügelchen aus Niedersachsen. Die Begehrlichkeit wuchs, als Erzsucher bei der nahegelegenen Stadt Gifhorn eines der größten Erz-Reservoire der Welt aufstöberten. In der Folge trafen unaufhörlich Experten-Transporte in Niedersachsen ein. Die Fachleute taxierten, daß unter Gifhorns Matten etwa zwei Milliarden Tonnen Erz liegen.

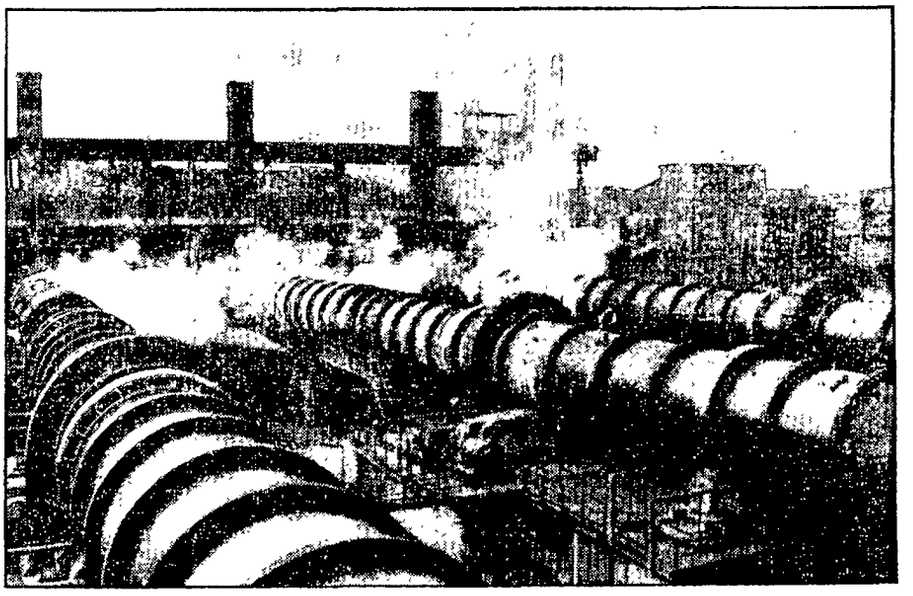
Vor den Montan-Pilgern entwarf Direktor Heinrich Kreutzer von der Ilseder Hütte ein ehernes Kolossalgemälde: Im Großraum Salzgitter sollten zusätzlich 20 neue Super-Schachtanlagen (Baukosten 1,5 Milliarden Mark) jährlich 30 Millionen Tonnen Erz ans Licht bringen, viermal mehr als die normale Jahresproduktion in Salzgitter. Die Fachleute der Luxemburger Hohen Montan-Behörde waren sich einig, daß Westeuropa schon sehr bald auf die traditionellen Einfuhren aus Skandinavien und Übersee würde verzichten können.

Als man jedoch über den Plänen saß, schlug der Markt unversehens um. Die schwedischen Grubenbesitzer hatten mittlerweile ihre Kapazitäten erheblich vergrößert und boten seit 1958 ihr Erz zu immer niedrigeren Preisen an.

Für eine Tonne Schweden-Erz aus Kiruna, die 1952 noch 63,69 Mark frei Ruhr gekostet hatte, brauchten die Ruhr-Stahlwerke 1960 nur noch 53,80 Mark zu zahlen. Die Industrie griff begierig nach dem hochwertigen und billigen Auslandserz. Allein von 1959 bis 1960 stieg die westdeutsche Erzeinfuhr von 20 auf 33,7 Millionen Tonnen pro Jahr.

Als im Sommer 1961 die Stahlkonjunktur abbröckelte, begann die Ruhr zu sparen und ihre eigenen Erzgruben an der Lahn und im Siegerland zu schließen. Zugleich drosselten die Unternehmen ihre Erzbezüge aus Salzgitter, das mit der schwedischen Konkurrenz ebenfalls nicht mithalten konnte. Eine Tonne Roheisen aus Salzgitter-Luppen kostet etwa 225 Mark, eine Tonne Roheisen aus Schwedenerz hingegen nur 175 Mark. Von den Schlägen der Konkurrenz erschüttert, hörte man in Salzgitter die Erzengel singen.

Das Bundesunternehmen mußte zu Beginn dieses Jahres seine Monatsförderung von durchschnittlich 570 000 auf 500 000 Tonnen Erz reduzieren. Und obwohl 350 Bergleute entlassen wurden, sah sich Salzgitter-Generaldirektor Dr.-Ing. Konrad Ende genötigt, 1,365 Millionen Tonnen Erz auf Halden zu kippen. Ende ahnte bereits im vergangenen April



... auf Görings Erbe: **Rennanlage in Salzgitter**

* Dortmund-Hörder Hüttenunion AG, Hütten- und Bergwerke Rheinhausen AG, Phoenix-Rheinrohr AG, August Thyssen-Hütte AG, Hüttenwerk Oberhausen AG, Hoesch AG und Klöckner-Werke AG

Böses: „Wenn die Ruhrhütten aus der anhaltenden Senkung der Kosten für Auslandserz die Konsequenz ziehen... wird auch die Lieferung von Salzgitter-Erz an die Ruhr über kurz oder lang zum Erliegen kommen."

Ende sollte recht behalten. Hoesch-Boß Ochel rechnete vor: „Wenn die Westfalenhütte (eine Tochterfirma der Hoesch AG) keine deutschen Erze mehr verarbeitet, erzielt sie Kostenersparnisse von nahezu sechs Millionen Mark jährlich." Hoesch und die anderen Ruhr-Trusts verlängerten den ultimo 1962 ablaufenden Liefervertrag mit der Salzgitter AG nicht mehr und beschlossen, die erst 1957 erbaute Rennanlage stillzulegen.

Vergeblich protestierte die Industriegewerkschaft Bergbau und Energie gegen den Beschluß der Ruhr, aufgrund dessen die Erzgruben „Ida" in Othfresen und „Fortuna" in Groß Döhren schon bald schließen müssen. Der Bergarbeiter-Chef Gutermuth verlangte von der Bundesregierung, sie solle in ihrem Salzgitter-Unternehmen die Arbeitsplätze, koste es was es wolle, erhalten. Ende jedoch lehnt eine derartige Päppel-Wirtschaft ab.

Der Chef des Hauses Salzgitter hat einen anderen Rettungsplan. Sollten die Preise für Auslandserz weiter fallen, möchte Ende, der über eines der größten Erzlager der Welt verfügt, den Rohstoff für seine Schmelzöfen ebenfalls in Skandinavien besorgen.

GEWERKSCHAFTEN

AUFSICHTSRÄTE

Brüder zur Kasse

Eine Neuverteilung der Einkommen ist seit Jahren des IG-Metall-Chefs Otto Brenner schönster Traum. Da der Gewerkschaftsboß ihn in der bundesdeutschen Gesellschaft bislang nicht verwirklichen konnte, will er ihn jetzt erst einmal im eigenen Hause wahrwerden lassen: Beauftragte, die von der IG Metall in Aufsichtsräte westdeutscher Industrie-Unternehmen delegiert werden, sollen künftig zugunsten ärmerer Mitbürger an ihren Aufsichtsratsbezügen kräftig geschröpft werden.

Der von Brenners Gewerkschaft vor kurzem veröffentlichte Plan sieht folgende Abschöpfung vor:

- ▷ 20 Prozent der Netto-Tantieme, wenn das Entgelt 5000 Mark im Jahr nicht übersteigt;
- ▷ 30 Prozent bei Beträgen von 5000 bis 10 000 Mark;
- ▷ 40 Prozent bei Beträgen von 10 000 bis 20 000 Mark;
- ▷ 50 Prozent bei Beträgen von über 20 000 Mark.

Um diese Regelung, die gesetzlich nicht zu erzwingen ist, dennoch durchzudrükken, ließ Brenner wissen: Die IG Metall werde bei Aufsichtsratswahlen künftig nur noch solche Kandidaten aufstellen und unterstützen, die der Abgabe schriftlich zustimmen.

In der Frankfurter Zentrale der Brenner-Gewerkschaft hofft man, dieses Projekt werde erfolgreicher sein als ein früherer Vorstoß des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) in die gleiche Richtung. Der DGB hatte im Mai 1954 eine „Stiftung Mitbestimmung" errichtet, die begabten Arbeiterkindern das Studium

Arbeitnehmer-Aufsichtsrat **Brenner*** Bei der Tantieme...

finanzieren soll, und in die Satzung den Passus eingefügt, „von den Vertretern der Arbeitnehmer im Aufsichtsrat... (werde) erwartet, daß sie 20 Prozent ihrer Netto-Tantieme an die Stiftung abführen".

Übermäßigen Anklang hat diese Vorschrift bei den Arrivierten nie gefunden. So verwahrte sich Dr. Viktor Agartz, damals noch DGB-Chefideologe und Mitglied von 13 Aufsichtsräten: „Persönlich habe ich hinsichtlich meiner Aufsichtsratsbezüge erklärt, daß ich es ablehnen würde, einer solchen Stiftung beizutreten."

Um diese Haltung auch wissenschaftlich zu untermauern, entwickelte Agartz neben seiner Expansivlohn-Theorie auch eine Einkommen-Theorie für gewerkschaftliche Aufsichtsratmitglieder. Da ein Gewerkschaftler aus seiner Tätigkeit als Aufsichtsrat möglicherweise finanziell in Anspruch genommen werden könne, dürfe man ihm auch nicht zumuten, auf einen Teil seiner Vergütung zu verzichten.

Arbeitnehmer-Aufsichtsrat **Rosenberg**** ...hört die Mitbestimmung auf

Diese These leuchtete vielen Gewerkschafts-Kapitalisten ein, und es nimmt deshalb nicht wunder, daß die Stiftung Mitbestimmung nie so recht in Schwung kam. Sie unterstützte von 1955 bis heute nur etwa 600 Studenten. Im vergangenen Jahr ging im Düsseldorfer Stiftungs-Hauptquartier gerade eine Million Mark ein, obwohl die meisten der etwa 10 000 Arbeitnehmer-Aufsichtsräte ihr Mandat dem DGB verdanken.

Das durchschnittliche Aufsichtsrats-Salär beträgt nach einer Schätzung des Deutschen Industrieinstituts 10 000 Mark. Einschließlich der Bezüge von 90 Arbeitsdirektoren in der Montanindustrie, ebenfalls vorwiegend Gewerkschaftler, verfügen die DGB-Industriellen pauschal gerechnet über 70 Millionen Mark Nettoeinkommen. 20 Prozent dieser Summe, genau 14 Millionen Mark, hätten mithin der Stiftung zufließen müssen.

Der DGB hat es allerdings stets vermieden, seine Aufsichtsräte unter allzu starken Druck zu setzen.DGB-Vize Ludwig Rosenberg, selbst in fünf Aufsichtsräten, mahnte nur milde, „daß es für alle Arbeitnehmervertreter, die in Aufsichtsräten die Interessen ihrer im Betrieb tätigen Kollegen vertreten, eine Selbstverständlichkeit sein sollte, ihre Beiträge für die ‚Stiftung Mitbestimmung' entsprechend den geltenden Vorschlägen regelmäßig... abzuführen".

Beim DGB und den Industriegewerkschaften hat Brenners Brachialmethode denn auch keineswegs Begeisterung hervorgerufen. Heinz Kegel, Leiter der Abteilung Wirtschaftspolitik der IG Bergbau und Aufsichtsratsmitglied der Klöckner-Werke AG, wehrte ab: „Wir haben von uns aus noch nichts unternommen und finden die jetzige Regelung auch ganz in Ordnung. Das neu zu machen, ist auch was für den Bundesvorstand."

Otto Brenner, Inhaber von fünf Aufsichtsratsitzen, wollte jedoch auf einen Beschluß des DGB-Bundesvorstands nicht warten. Ihm hatte das kapitalistische Gebaren mancher Kollegen Arbeitnehmervertreter noch nie gefallen. Schon 1958 hatte er versucht, die Aufsichtsräte zugunsten des SPD-Wahlkampffonds für die Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen anzuzapfen.

Schrieben Otto Brenner und Erich Ollenhauer gemeinschaftlich an die „lieben Genossen": „In den nächsten Tagen wird Dich der Genosse Rudi Leeb besuchen und Dir eine Liste vorlegen mit der Bitte, einen Betrag als Spende einzuzeichnen. Wir gehen dabei von der Erwartung aus, daß Du Dich diesem selbstverständlichen Wunsche nicht verschließt, da Deine Nominierung als Aufsichtsratmitglied oder als Arbeitsdirektor nicht nur eine auf die Person bezogene Berufung ist, sondern eine Funktion ist, die auch im Interesse der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ausgeübt wird."

Seitdem hat auch das Gewerkschaftsvolk gegen die Tantieme-Ritter zu murren begonnen. DGB-Rosenberg: „Seit einiger Zeit erhalten wir von den Betriebsräten und Belegschaften... Beschwerden darüber, daß sich unsere Kollegen, die durch den DGB und die Gewerkschaften in die Aufsichtsräte delegiert wurden, nicht genügend ihren Aufgaben widmen."

In der IG Metall war schon auf dem Berliner Gewerkschaftstag im Oktober 1960 Unzufriedenheit aufgekommen. Die

* SPIEGEL-Titel 45/1959
** SPIEGEL-Titel 18/1962